

LINKE und SPD

BGM Oestmann teilt mit, dass von Seiten der Bevölkerung Unverständnis herrsche, wieso die Stadt keinen Bestattungswald haben wolle. BGM Oestmann habe sich mit dem Fachamt ausgetauscht. Es bestehe bereits eine große Auswahl an Bestattungsmöglichkeiten. Der Bürgerwunsch bestehe nach wie vor, nicht auf einem Friedhof, sondern einem Wald beige-setzt zu werden. Neben einer Zusammenarbeit mit den Landesforstern und der Friedwald GmbH habe man alternative Standorte geprüft, allerdings sehe er nach Besichtigungen von möglichen Standorten aktuell keine Möglichkeit ohne immense Kosten für die Verwaltung. Er bittet um weitere Bedenkzeit, um nach anderen Standorten und Möglichkeiten Ausschau zu halten. BGM Oestmann regt somit die Vertagung des Ordnungspunktes an. Es bestehe keine Eile, da dieses Thema die nächsten Jahrzehnte die Stadt Rotenburg prägen würde. Da die Friedwald GmbH angereist sei, bittet er trotzdem um Anhörung und Vorstellung des Konzeptes.

Vorsitzender Lüttjohann führt aus, dass es am 08.11.2023 nachmittags zu einem Treffen mit den Kollegen der Abteilung Friedhofswesen auf dem Friedhof Lindenstraße und Waldfriedhof Freudenthalstraße gekommen sei, wo die bereits bestehenden Bestattungsmöglichkeiten vorgestellt worden seien. Friedhof Lindenstraße umfasse 3 Hektar und Freudenthalstraße 7,5 Hektar. Man spreche bei dem Friedwald von 27 Hektar. Er erinnerte daran, dass es trotzdem Leute gebe, die andere Vorstellungen betreffend ihrer Bestattung hätten, welche auch erfüllt werden müssten.

Ratsherr Weber erfragt, was für die CDU-Fraktion hinter dem Punkt stehe, damit dies auch mit bewertet werden könne.

Ratsherr Purrucker entschuldigt sich, dass die Partei so spät den Antrag gestellt habe. Es hätte sich so aus der Situation ergeben. Es gebe einen Rotenburger Bürger aus Unterstedt der bereit sei, Flächen für den Friedwald zur Verfügung zu stellen. Auch in Borchel würde eine solche Möglichkeit bestehen. Die Friedwaldbestattung bestehe nur für Rotenburger Bürger. Um Fragen zu klären, bittet Ratsherr Purrucker um Vertagung des Themas zum nächsten AST Termin.

Ratsherr Emshoff teilt mit, dass er keine Sinnhaftigkeit darin sehe, da es ein großes Spektrum an Bestattungsmöglichkeiten bereits gebe. Man solle auch die Kosten nicht vergessen die durch die Aufbereitung der Forst und der Friedwald GmbH auf die Stadt zukämen. Es könne zu Einbußen bei den Einnahmen der Friedhöfe kommen.

BGM Oestmann informiert, dass die Friedhöfe alle nicht kostendeckend seien. Eine Arbeitsvermehrung im Amt Friedhofswesen wäre bei eigener Umsetzung unabdingbar, wenn es zu einer weiteren Bestattungsform kommen solle. Genau dies sei nicht gewünscht.

Ratsherr Hickisch erläutert, dass wenn es Flächen einer privaten Person seien, es nur ein Ruheforst sein könne, da die Möglichkeit eines Friedwaldes dann nicht bestehe. Bei privaten Leuten bestehe außerdem nicht die gleiche Fachkenntnis wie bei der Friedwald GmbH. Er spricht sich gegen eine Vertagung des Ordnungspunktes aus.

Ratsherr Weber merkt an, dass bei privaten Personen auch das Insolvenzrisiko höher sei. Er bedankt sich für die Beantwortung der in der Vergangenheit aufgetretenen Fragen. Die Friedwald GmbH, die von den Landesforstern unterstützt werde, könne man nicht mit privaten Bürgern vergleichen. Wenn die Friedwaldfläche beim Bullensee entstehen würde, wäre ein Café auch in erreichbarer Nähe. Er regt an, diesen Punkt nicht zu verschieben.

Ratsherr Purrucker untermalt, dass die Verschiebung für ihn in Ordnung sei, da bisher keine Zusage an die Friedwald GmbH erfolgt sei. Es sei auch noch kein Bürgerwille dargestellt worden. Es bestehe bereits ein großes Angebot an Bestattungsmöglichkeiten. Er schlägt eine Prüfung aller Möglichkeiten vor.

Ratsfrau Niemeier rät dazu, wenn die Friedwald GmbH schon da sei, alle offenen Fragen zu klären.

Ratsherr Poppe unterstreicht, dass er es wirklich ernst meine mit der Verschiebung da noch nicht alle Fragen geklärt seien.

Ratsherr Hickisch kritisiert, dass die private Person die die Flächen bereit stellen wolle auch namentlich genannt werden solle. Man wolle transparent sein dann gehöre dies auch dazu.

Ratsherr Emshoff rät zu einer Vertagung, da das Thema großen Einfluss auf die Stadt Rotenburg Wümme nehme.

Vorsitzender Lüttjohann bittet die Friedwald GmbH um Vorstellung ihres Konzeptes.

Ein Mitarbeiter der Friedwald GmbH unterrichtet darüber, dass eine Größe von 27 Hektar und die Verbindung zum Bullensee und Hartmanns Cafe für den Standort sprächen.

Ratsherr Hickisch bittet um Schilderung des Prozesses.

Herr Schanzendorf (Friedwald GmbH) erläutert, dass der Aufwand nicht zu unterschätzen sei. Der Zuwachs der Friedwälder in Deutschland und der kontinuierliche Zuwachs an Mitarbeitern spiegele das rege Interesse der Bevölkerung wider. Es würden nicht von Beginn an 27 Hektar genutzt. Man beginne mit 1/2 Hektar und würde dann immer um einen weiteren 1/2 Hektar erweitern. Man sehe den Friedwald in einem Einzugsgebiet von 15-20 km.

BGM Oestmann merkt an, dass er schon mit Verlust rechne, weil bei dem Friedwald keine Friedhofsgebühren anfallen würden wie bei den anderen Bestattungsformen auf den städtischen Friedhöfen. Es bräuchte bei dem Thema keine Mehrheit, es bestünde Bedarf bei der Bevölkerung und dem müsse man folgen. Die Zusatzaufgaben, die durch den Friedwald entstünden, könne die Stadt mit dem aktuellen Mitarbeiterschlüssel nicht stemmen. Eine Personalaufstockung stehe nicht im Raum. Er sehe den Weg zusammen mit der Friedwald GmbH und den Landesforsten als richtigen Weg an, trotzdem käme es nicht auf 2-3 Monate an. Vielleicht gebe es Alternativen, die der Stadt noch mehr zusagen würden.

Ratsherr Emshoff erkundigt sich, wie viel Grabstellen auf einem 1/2 Hektar untergebracht werden könnten und wie genau bei Windbruch und Borkenkäferbefall vorgegangen werde.

Die Herren der Friedwald GmbH teilen mit, dass auf einem 1/2 Hektar etwa 50 Bäume stünden. Pro Baum könne man mit 10 Grabstellen rechnen. Es werde Gassensysteme geben, wo Fahrzeuge sich drauf bewegen könnten. Nicht jeder Baum sei ein Friedwaldbaum. Man könne mit jedem zweiten oder dritten rechnen.

Ratsherr Lill verweist auf das Interesse der Bürger*innen. Er sehe es eher, dass die Friedwald GmbH den Friedwald betreuen solle, da dort Erfahrung existiere. Man solle nochmal alle Angebote prüfen und sich in 2 Monaten wieder zu dem Thema zusammensetzen.

Vorsitzender Lüttjohann bedankt sich für die Anwesenheit der Friedwald GmbH.

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder beschließen bei 5 Ja- und 4 Nein-Stimmen die Beratung zu vertagen.

verkehr

Verwaltungsfachangestellter Knabe stellt dar, dass die Verwaltung schon einige Zeit mit dem Sachverhalt beschäftigt sei. Es bestehe an dem oben genannten Ort viel Fahrradverkehr in Richtung Bahnhof, Obi, Gewerbegebiet und City. Außerdem existiere ein erhöhtes Fahrradkommen auf Grund der IGS In der Ahe. Die Fahrbahn sei recht eng wegen des beidseitigen Gehweges. Die Fahrradfahrer*innen seien nicht bereit, auf der Straße zu fahren und würden somit den Gehweg nehmen. Ab dem Architektenbüro Lohmann würde dann auf die Fahrbahn gefahren werden. Man sei auf die Idee gekommen, dem Land ein Stück Grundstück abzukaufen, um die Fahrbahn zu verlegen und den Gehweg zu verbreitern. Es habe drei Unfälle in dem Bereich gegeben, welche nicht auf den Sachverhalt zurück zu führen seien. Der AK Fahrradverkehr sei zu dem Entschluss gekommen, den Antrag abzulehnen, da man nicht sicher sein könne, dass der Fahrradverkehr den neuen Weg nutze. Die Kosten wären erheblich höher als anfangs vermutet. Er bittet dennoch um Abstimmung, ob die Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

BGM Oestmann weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte bewusst auf die Tagesordnung gesetzt worden seien, da immer wieder das Thema im Rat angesprochen werde.

Hinzugewählte Niemeier merkt an, dass auch das Bündnis 90 Die Grünen über das Thema ausgedehnt gesprochen habe. Der Baumbestand sei zu schützen, man solle aber auch den Fahrradverkehr fördern. Man solle das Risiko auf Unfälle in der Einmündung In der Ahe entschärfen. Desweiterem solle man über den Kauf des Grundstückes nachdenken, bevor die Chance vergangen sei.

BGM Oestmann weist darauf hin, dass man Geld erst investiere wenn auch die Bebauung geplant sei. Es lägen Aussagen des Fachamtes, der Polizei, der Verkehrsbehörde und vom AK Fahrradverkehr vor, die einstimmig aussagten, dass es keinen Sinn habe, dort auszubauen.

Ratsherr Weber führt aus, dass es keinen unproblematischeren Einmündungsbereich in Rotenburg gebe. Es habe unzählige Beinaheunfälle gegeben und die Dunkelziffer sei unbekannt. Er sei für eine Aufweitung der Einmündung, da es schon bei zwei entgegenkommenden PKWs eng werde.

Erste Städtträtin Nadermann verdeutlicht, dass sie keine Zweifel habe, dass das Finanzamt das Grundstück auch noch in ein paar Jahren verkaufen wolle. Man solle sich erstmal klar werden, was für eine Änderung zu erfolgen habe. Wenn das Grundstück schon jetzt erworben werde, müsse auch die Pflege der Bäume bis zum Ausbau gewährleistet sein. Somit sei mit einer Erhöhung der Kosten zu rechnen.

Ratsherr Emshoff beklagt, dass bis jetzt niemand eine Lösung für das Problem präsentiert habe.

Ratsherr Hickisch kritisiert, dass es keinen kritischeren Einmündungsbereich gebe. Es fehle an Beleuchtung und es habe ein Heckenrückschnitt zu erfolgen, welche von dem AK Fahrradverkehr vorgeschlagen worde. Beides sei bis dato nicht geschehen. Man müsse den Fahrradverkehr attraktiver machen.

Verwaltungsfachangestellter Knabe erwidert, dass die Stadtwerke die Beleuchtung geprüft hätten und für in Ordnung befunden hätten.

Ratsherr Purrucker bestätigt, dass es eine schwierige Position sei. Das Problem mit den Fahrradfahrern*innen auf Gehwegen sei ein verbreitetes Problem in Rotenburg. Man könne das Grundstück immer noch in vier Jahren kaufen. Ohne Plan zu kaufen, sei sinnlos.

Ratsherr Weber regt an, einen Verkehrssicherheitsplaner für das Bauvorhaben zu beauftragen. Man könne den Planer erst beauftragen, wenn man das Grundstück gekauft habe.

BGM Oestmann fügt hinzu, dass Kleinvieh auch Mist machen würde. Man solle erstmal prüfen, ob man das Grundstück brauche. Man solle dem AK Fahrradverkehr folgen, da der AK Fahrradverkehr extra für solche Fragen gegründet worden sei. Ein Grundstück zu kaufen, ohne zu wissen wann und was man damit machen könne, sei nicht sinnig.

Ratsherr Lill befürwortete den Vorschlag des Bürgermeisters erstmal alle Möglichkeiten zu prüfen und gegebenenfalls einen Planer mit einzubinden bevor man ein Grundstück kaufe, vielleicht werde ein ganz andere Lösung aufgezeigt.

Hinzugewählter Biere erläutert, dass man erstmal in die Planung gehen solle, bevor man in den Erwerb des Grundstückes investiere.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau empfiehlt bei 5 Ja- und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der AST beschließt, vom Umbau des Einmündungsbereiches Bahnhofstraße/In der Ahe zur Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrradverkehr abzusehen.

TOP 6 Umbau des Einmündungsbereiches Mühlenstraße / Gerberstraße zur Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrradverkehr

VorlNr.
0391/2021-2026

Verwaltungsfachangestellter Knabe unterrichtet, dass es bei der Kreuzung Hamelberg bei Schulschluss an der Signalanlage zu einem immensen Fahrradaufkommen komme. Der Gehweg sei nicht ausreichend. Zum Glück könnten die Fahrradfahrer*innen auf den Parkplatz von Hamelberg ausweichen. Es stehe der Ankauf einer Fläche des Parkplatzes oder die Verlegung der Verteilerkästen im Raum was beides mit hohen Kosten verbunden sei. Der AK Fahrradverkehr sehe es als sinnvoll an, dort tätig zu werden. Die Verlegung der Kästen stehe dort nicht zur Auswahl, eher werde an eine Umleitung des Fahrradverkehrs um die Kästen gedacht. Es sei sinnvoller, bis zum Umbau der Gerberstraße zu warten und den Sachverhalt von einem Planer prüfen zu lassen.

Ratsherr Hickisch befürwortet die Idee von Herrn Knabe, zu warten, da die Verlegung der Kästen mit immensen Kosten einhergehe. Er erkundigt sich, mit welchen Kosten für den Erwerb eines Teils des Parkplatzes zu rechnen sei.

Verwaltungsfachangestellter Knabe ergänzt, dass es Gespräche zwischen Herrn Weber und Herrn Hamelberg in der Vergangenheit gegeben habe, bei welchen eine grundsätzliche Verkaufsbereitschaft bekundet worden sei.

Ratsherr Weber merkt an, dass in dem Fall ein anderer Sachverhalt vorliege als bei Punkt 5. Obwohl es weniger Unfälle gebe, sollte man den Sachverhalt im Auge behalten. Es solle der Kontakt mit Hamelberg weitergeführt werden bis der Umbau der Gerberstraße angedacht sei.

Ratsherr Hickisch regt eine längere Grünphase an. Da dann der Rückstau an der Ampel minimiert werden würde.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau empfiehlt einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt, vorerst von dem Umbau des Einmündungsbereiches Mühlenstraße/Gerberstraße zur Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrradverkehr

abzusehen und diesen im Zuge der späteren Straßenausbaumaßnahme „Gerberstraße“ umzusetzen.

TOP 7 Ausbau Steinbeißergasse

VorlNr.
0398/2021-2026

MSc Strehl stellt das Bauvorhaben vor. Auf Grund von Wasseransammlungen bei hohen Wasseraufkommen in einem bestimmten Bereich, komme es immer wieder zu Wasseransammlungen in der Tiefgarage Goethepark. Grund sei, dass es zu wenig Versickerungsschächte gebe, ein erhöhtes Verkehrsaufkommen existiere, schlechte Bodenqualität und es zu massiven Nachverdichtungen in dem Bereich Goethepark gekommen sei. Beim Goethepark seien dadurch wiederholt Schäden entstanden. Mit den Baumaßnahmen sei ein Regenwasserkanal geplant, welcher die gesamte Steinbeißergasse abdecken solle. Der Anschluss des Regenwasserkanals erfolge an den bestehenden in der Goethestraße. Außerdem werde eine Regenwasserrückhaltung in das System integriert. Eine 3,5 m breite Fahrbahn in braunschwarzen Klinkern solle dann im Anschluss entstehen mit einer mittig liegenden Entwässerungsrinne. Der Weg zwischen Rossmann und Rocas solle in dem Zuge mit erneuert werden. Auch die Parkplätze sollten an die neue Norm angeglichen werden.

Ratsherr Emshoff erkundigt sich, ob der Kanal Goethestraße die zusätzlichen Wassermengen der Steinbeißergasse aushalten könne.

MSc Strehl schildert, dass durch die Rigolen ein gedrosselter Wasserabfluss ermöglicht werde.

Ratsherr Emshoff erkundigt sich, ob mit dem Bauvorhaben die Versiegelung minimiert und eine bessere Versickerung gewährleistet sei.

MSc Strehl legt dar, dass es zu keiner Minimierung der Grünflächen komme. Durch die Rasenfugensteine auf den Stellflächen solle eine Besserung vorliegen. Auf Grund des erhöhten Verkehrsaufkommen sei keine weitere Versickerung möglich.

Ratsherr Weber hakt nach, von welcher Summe man ausgabetechnisch spreche. Es sei einer der ersten Fälle, wo Städtebaufördermittel benutzt würden.

MSc Strehl informiert, dass mit einer Summe in Höhe von 600.000 € zu rechnen sei.

TOP 8 Endausbau der Straßen in den Baugebieten Stockforthsweg und An der Rodau; Änderungen

VorlNr.
0400/2021-2026

BGM Oestmann erläutert, dass jedem Grundstück eine Zufahrt zustehe bis zu einer Breite von 4 Metern. Seit seinem Amtsantritt, habe es Probleme mit breiteren Zufahrten gegeben. In Zukunft sollten solche Bauvorhaben noch deutlicher den Bürger*innen dargestellt werden. Es gebe Zufahrten von 6-8 Metern, obwohl nur 4 Meter genehmigt worden. Deswegen habe es erhebliche Probleme mit dem Bauen der Grünflächen und Stellflächen gegeben.

BSc Behrens unterrichtet über den geplanten Ausbau. Es gebe circa 15 Fälle, wo es zum Austausch Grünfläche, Stellplatzfläche gekommen sei. Viele Bürger hätten Baugenehmigungen für 4 Meter erhalten aber breiter gebaut. Der Ausbau des Baugebietes sei in zwei Bauabschnitte unterteilt.

1 Bauabschnitt ab Januar 2024
Eisvogelweg
Fischotterweg
Libellenweg

2. Bauabschnitt ab April 2024
An der Rodau
Schwalbenweg
Weißdornweg
Bachstelzenweg
Fledermausweg

Im Dezember 2024 folge dann der Ausbau Stockforthsweg und An der Rodau. Man müsse schauen, wie schnell die ersten Bauabschnitte erledigt seien.

Ratsherr Poppe bedankt sich für die pragmatische Lösung den Bürgern*innen gegenüber.

Ratsherr Emshoff fordert, dass in Zukunft genauer auf die Genehmigung der Bauvorhaben geachtet werden müsse. Man solle auf eine klarere Formulierung der Bauvorschriften achten.

Vorsitzender Lüttjohann merkt an, dass in Unterstedt im Neubaugebiet habe zurückgebaut werden musste. Es müsse dann in Zukunft eine einheitliche Regelung gefunden werden.

BGM Oestmann stellt dar, dass in Rotenburg wie auch den Ortschaften das gleiche Recht gelten solle.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Änderungen des Endausbaues der Straßen in den Baugebieten „Stockforthsweg“ (1. BA) und „An der Rodau“ (2. BA) in der vorgestellten Form.

TOP 9 Straßenausbau Am Schloßberg; Vorstellung der Ausbauplanung

Vorl.Nr.
0377/2021-2026

Amtsleiter Lauchart erläutert die Vorlage. Es sei zu einer Änderung der PKW-Stellplätze, der Fahrradabstellsituation wie auch der Klassenräume gekommen. Dies habe die Straße in Mitleidenschaft gezogen. Auch die Situation der Entwässerungskanäle sei angeschaut worden. Die Planung habe das Büro Dittmer Ingenieure übernommen. In Zukunft solle die Straße als Fahrradstraße rot/schwarz gepflastert werden. Am 10. Oktober habe es eine Anliegersammlung mit den Anwohnern*innen gegeben. Den größten Kostenanteil beim Ausbau übernehme der Landkreis, Wachtelhof und die Seniorenwohnanlage. Desweiterem müsse ein neuer Schmutzwasserkanal wie auch ein größerer Regenwasserkanal eingebaut werden. Das Oberflächenwasser werde wie bisher in den Mühlenstreek eingeleitet. Eine Drosselanlage soll einen kontinuierlichen Fluß in den Mühlenstreek ermöglichen.

Hinzgewählter Biere hakt nach, ob die Brücke zum Heimatmuseum gleich mit saniert werde.

BSc Behrens erklärt, dass die Brücke auch erneuert werden solle in 2025/2026, aber aktuell andere Prioritäten existieren würden.

Ratsherr Emshoff möchte wissen, welche Steine genau verbaut werden sollen, da es in Rotenburg Bereiche gebe, wo Rutschgefahr auf Grund der Pflasterung bestehe.

Amtsleiter Lauchart erläutert, dass es sich um andere Steine als in der Rotenburger Innenstadt handeln werde. Er spreche von Betonsteinpflaster und nicht von Klinkern.

Herr Lohmann stellt klar, dass Klinkersteine aufgrund des Ausrutschrisikos nicht mehr verbaut würden.

Ratsherr Weber spreche sich für die Betonpflastersteine aus.

Amtsleiter Lauchart führt aus, dass kein Sickerpflaster vorgesehen sei, aber durch die Erneuerung der Schmutzwasser- und Regenwasserkanals, wie auch einer Erneuerung des Gefälles, ein besserer Wasserabtransport gewährleistet sei.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt, die Straße „Am Schloßberg“ in der vorgestellten Form auszubauen.

TOP 10 Tischvorlage: Wiederherstellung eines kompletten Rad- und Fußweges rund um den Weichelsee und mit Zugang von der alten Bremer Straße/Einfahrt zum Strandgold mit einem Mineralgemisch; Ratsantrag B90G/Die Linke vom 10.01.2023

VorlNr.
0232/2021-2026

Ratsherr Hickisch erläutert den Antrag. In den 1980er Jahren sei das Weichelseeareal mit dem Ausbau der Umgehungsstraße geschaffen worden. In vielen Bereichen des Rundweges sei es zu Verschlechterungen der Gehwegbeschaffenheit gekommen. Vor allem beim Schrebergarten sei der Weg sehr oft unter Wasser. Es müsse zur Aufwertung des Weges mit einem Mineralgemisch kommen. Auch die Zuwegung vom Parkplatz Waldschlösschen zum See seien mit Rollator oder Kinderwagen schwerlich begehbar. Es müsse auch wieder eine Umrundung möglich sein.

BGM Oestmann informiert, dass es am 08.11.2023 morgens eine Anliegerversammlung Weichelsee + Strandgold gegeben habe. Roland Nielebock habe deutlich gemacht, dass er vorhabe, ein Gebäude zu bauen. Es existiere ein Erbpachtvertrag, nach welchem Herr Nielebock Eigentümer auf Zeit sei. Man könne erst über den Weg sprechen, wenn das Gebäude stehe. Wenn auf dem Volleyballfeld Training sei, würden Fahrräder an dem Gelände des Strandgoldes den Weg weiter einengen. Es müssten in der Nähe der Sportanlagen dementsprechende Abstellmöglichkeiten geschaffen werden. Außerdem solle man andere Möglichkeiten für Behindertenstellplätze prüfen. Es sei ausgeschlossen, den Rundweg über das Grundstück von Herrn Nielebock verlaufen zu lassen. Nicht ausgeschlossen sei, wenn die Planung betreffend des Bau des Gebäudes von Herr Nielebock in den letzten Zügen sei, Gespräche zu suchen. Es seien 25.000 € im Haushalt 2024 angesetzt, um den Weg mit Mineralgemisch zu ertüchtigen und den Ausbau der Bremer Straße zu veranlassen.

Erste Stadträtin Nadermann erläutert, dass es in dem Erbpachtvertrag mit Herrn Nielebock darum gehe, dass das Grundstück nicht eingezäunt werden dürfe.

Zugewählte Niemeier bittet um Auskunft, warum nicht die Möglichkeit eines Zebrastreifens bestände.

BGM Oestmann merkt an, dass dies nicht möglich sei, da auf der anderen Straßenseite kein Gehweg existiere. Das Thema müsste zusammen mit Herrn Nielebock geklärt werden.

Ratsherr Emshoff stimmt BGM Oestmann zu, dass man den Bau von Nielebock abwarten und dann einen Vororttermin organisieren solle.

Ratsherr Weber merkt an, dass der Sachverhalt von Herr Hickisch sachgerecht dargestellt sei. Es gehe um die Sicherheit, Barrierefreiheit und die Erschließung des Parkplatzes. Man müsse die Gespräche mit Herrn Nielebock abwarten betreffend einer guten Lösung des Problems. Man müsse dann für eine sichere Gestaltung der Zuwege sorgen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau stimmt den Sanierungsempfehlungen der Verwaltung zu, gibt seine endgültige Empfehlung zur finanziellen Einplanung und Umsetzung jedoch erst in der beratenden Sitzung des Ausschusses zum Haushalt 2024 ab.

TOP 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder VorlNr.

TOP 11.1 Fidi-Boon-Weg VorlNr.

Herr Lohmann erläutert, dass der aktuelle Plan mit der deutschen Bundesbahn abgestimmt sei. Es käme zu einer Verlängerung der Wallbergstraße, man springe dann auf die Ringstraße bis zum Parkplatz Ronululu bis hin zu Wümmebrücke. Auf Grund der Zeit und der Kosten werde auf die zunächst dort geplanten Entwässerungskanäle für die Wohngebiete im Norden der Stadt verzichtet. Die genaue Trassenführung sei noch nicht darzustellen, da man sich noch in der Planungs- und Findungsphase befinde. Von den Stadtwerken aus würde man dann den Anschluss zur Wümmebrücke finden.

Ratsherr Purrucker erkundigt sich, wie die Problematik an der Kreuzungsstelle Harburger Straße Sandhasenweg entschärft werden solle.

Herr Lohmann teilt mit, dass es eine Querungshilfe geben solle.

Ratsherr Weber erfragt ob es bei der Planung vom Mittelweg bleibe.

Herr Lohmann führt aus, dass die Trasse vom Mittelweg zur Ringstraße entfernt werde. Die Anbindung Ringstraße bleibe bestehen. Damit werde der Kurvenbereich entschärft. Die neue Trasse werde auf die alte Bahntrasse gelegt. Somit werde am Mittelweg die Verschwenkung beseitigt.

TOP 11.2 Brücke Bauhof / Ronululu VorlNr.

Amtsleiter Lachart erläutert, dass die Rückschnittarbeiten Montag/ Dienstag starten würden, um die Zuwegung für die Geräte zu gewährleisten. Ab Donnerstag folge dann die Abzäunung der Baustelle und die Herstellung der Zuwegungen. Es dürfe laut Naturschutzbehörde keine schwimmbaren Geräte oder Maschinen auf der BE Fläche gelagert werden. Es solle dann innerhalb einer Woche die Brücke abgebaut werden. Bis Weihnachten 2023 sollen die Fundamentarbeiten für die neue Brücke abgeschlossen sein. Im neuen Jahr solle dann mit dem Bau der neuen Brücke gestartet werden. Um Fußgänger und Radfahrer zu schützen werde der Bereich von der Bahnbrücke bis zum Amtshof bis zur Wümme abgesperrt. Durch Vergabeverfahren habe sich der Fertigstellungstermin 2 Monate nach hinten verschoben,

sodass man von Ende Mai ausgehe. Nach Fertigstellung der Brücke werde es auch zu einer Aufarbeitung des Fußweges kommen.

Herr Lohmann verdeutlicht, dass auch die Rampe auf Höhe der Brücke beseitigt werden solle.

Ratsherr Purrucker möchte wissen, ob die neue Brücke direkt an die Stelle der alten Brücke komme. Sonst hätte man die Schlangenlinien beseitigen können.

Herr Lohmann stellt dar, dass die neue Brücke in einem geringeren Winkel zur Wümme liege.

TOP 11.3 Rodaubrücke

VorlNr.

BGM Oestmann erläutert, dass die Stadt nach dem Gutachten in der Pflicht sei nach und nach die Brücken zu erneuern. Durch die Förderung des Fidi-Boon-Weges könne mit einer teilweisen Erstattung der Brückenkosten gerechnet werden. Es würde eine neue Stahlbrücke entstehen.

BSc Behrens verdeutlicht, dass die Brücke in regelmäßigen Abständen geprüft worden sei. Sie sei erst 30 Jahre alt und damit eine der jüngeren Holzbrücken der Stadt. 2020 sei sie mit 3,4 durch die Prüfung gekommen. Dort habe man dann für 2024 Planungskosten und für 2025 den Neubau angesetzt. Bei der einfachen Brückenprüfung 2023 sei die Brücke dann mit Note 4 durchgefallen. Bei 4,0 müsse es zu einer sofortigen Vollsperrung kommen. Die Stoßbalken seien auseinandergesogen. Am 16.11 erfolge ein Termin mit einem Ingenieur, der eine Reparatur der Brücke durch den Bauhof zur Überbrückung der Zeit bis zum Neubau vorschlage. Es werde dann mit Zangen und Bolzen gearbeitet. Das aktuelle Hochwasser würde den Bau erschweren, zusätzlich käme die Lieferzeit von 8 Wochen dazu.

Vorsitzener Lüttjohann erkundigt sich nach den aufkommenden Kosten und ob diese im Verhältnis ständen.

BSc Behrens schildert, dass dies erst nach dem 16.11 feststehe.

BGM Oestmann verdeutlicht, dass eine Reparatur schneller gehe und ein Neubau viel länger dauern würde. 2020 sei es nicht zu erahnen gewesen, dass der Zustand sich so drastisch verschlechtere.

Ratsherr Weber möchte wissen, ob die neue Brücke eine Stahl- oder Betonbrücke werde wird.

BSc Behrens schildert, dass die Entscheidung bei der zuständigen Behörde lege und nicht bei ihr. Wenn es nach ihr gehe, werde es eine Betonbrücke.

BGM Oestmann unterrichtet, dass es zum ersten eine Abwägung sei was man dürfe und zum Zweiten was man wolle. Und dann noch die Kosten passen müssten.

Vorsitzender Lüttjohann schließt die Sitzung um 21.15 Uhr

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.